



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/v/64

16. März 1950

KP und Neofaschismus

H. S. in seinem Bestreben, doch endlich in Westdeutschland fester Fuss zu fassen, als das bisher gelang, lässt der Kreml seine west-

deutsche Gefolgschaft die seltsamsten Kapriolen vollführen. War nach den Bundeswahlen überraschend eine "Einheitsfront" mit der

SPD verlangt worden, so hat sich, nachdem das Paradeferd der Nationalen Front aufgezücht wurde, in dieser Hinsicht inzwischen ein

bemerkenswerter Wandel vollzogen. Das wurde in diesen Tagen besonders gut sichtbar.

Der Artikel, von dem hier die Rede sein soll, ist nicht deshalb beachtenswert, weil er von einem Mann geschrieben wurde, dem

die britische Besatzungspolitik zu einer billigen Märtyrerkrone verhalf, oder weil diese sehr typischen Darlegungen in der nieder-

sächsischen Prawda standen, sondern weil hier zum ersten Mal seit Kriegsende mehr oder weniger deutlich von kommunistischer Seite

jenes Zusammenspiel mit dem Rechtsradikalismus gegen die demokratischen Kräfte empfohlen wird, dass in den Jahren vor 1933 von den

deutschen Kommunisten in selbstmörderischer Weise betrieben wurde.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass schon damals die ehrlichen sozialistischen Arbeiter in der KP kaltblütig von Moskau

geopfert wurden, weil man von der Machtergreifung der Nazis - nicht zu Unrecht - eine beschleunigte Selbsterfleischung der westlichen

Welt erwartete, wie sie Lenins politisches Testament als notwendig für den Sieg der Weltrevolution vorschrieb.

Nun soll das alte Spiel von neuem beginnen. In dem erwähnten Artikel wird messerscharf zwischen "dem politischen Programm einer

Partei und ihrer politischen Funktion" unterschieden; d.h., "steht sie im Lager des nationalen Befreiungskampfes des deutschen Volkes,

oder ist sie ein Werkzeug der angloamerikanischen Imperialisten." Es ist ganz klar, dass man sich mit dieser Phraseologie an die ex-

tremer Rechte wendet, die ja auch stets eine besondere Vorliebe dafür hatte, die sie nicht hinderte, eine Politik der nationalen

Vernichtung Deutschlands - mit Erfolg - zu betreiben.

Gemeinsame Aktionen mit Sozialdemokraten in Versammlungen der Rechtsparteien werden nun plötzlich in bewährter "Selbstkritik"

verurteilt. "Das war ohne Zweifel fehlerhaft und erinnert an die falsche politische Losung "Schlägt die Faschisten, wo ihr sie trifft" wird in der kommunistischen Erklärung festgestellt.

Daran ist die Frage geknüpft: "Mit wem kämpfen wir gegen wen?" Auch wird an eine Resolution des KP-Vorstandes erinnert, den "den

Fehler unserer Partei aufzeigte, dass sie frontal in gleicher Weise gegen alle Parteien kämpfte. Der Inhalt dieser politischen Ausein-

andersetzungen", wird dann weiter gesagt, "kann nur darin bestehen, dass die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutsch-

lands zur Grundlage gemacht wird, um die Voraussetzungen des Bündnisses und des gemeinsamen Kampfes aller patriotischen Deutschen

unter Führung der Arbeiterklasse (lies KP) zu schaffen".

Man wird noch deutlicher: "Daraus folgt, dass ein Kommunist nur dann gegen die neufaschistischen Tendenzen in Deutschland

kämpfen kann ('und sie im Kommunismus aufsaugen kann, müsste sinn-gemäss ergänzt werden'. D.Red.), wenn er das Programm der Nationa-

len Front kennt und von seiner völligen Richtigkeit überzeugt ist. Daraus folgt weiterhin, dass eine Einheitsfront zwischen den Kommu-

nisten und Sozialdemokraten sowie parteilosen Gewerkschaftlern, VVN-Mitgliedern und demokratischen Christen gegen die Rechtspartei-

en nur dann dem Befreiungskampf des Deutschen Volkes dient, wenn zwischen diesen Menschen ein Minimum gemeinsamer Forderungen, zu-

mindest eine Teilfrage oder Teilforderung der Politik der Führung der Rechtsparteien entgegengestellt wird, die zugleich geeignet

ist, den gemeinsamen Kampf im Sinne der Nationalen Front näherzukommen und dafür auch Teile der Rechtsparteien zu gewinnen".

Vor welchem Älteren, der die Zeit vor 1933 politisch bewusst erlebte, ersteht, nachdem er diese - auch stilistisch schwer ver-

daulichen - Auslassungen gelesen hat, nicht das Bild jener Tage, in denen die KP für ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie "auch

Teile der Rechtsparteien gewinnen" konnte - und umgekehrt?

Europäische Wirtschaftsorganisation wieder optimistisch

A.P. Paris, im März

Während der Reise ihres Generalsekretärs Robert Marjclin nach den Vereinigten Staaten, gönnte sich die Europäische Wirtschaftsorganisation in Paris (OEEC) eine Ruhepause und beschäftigte sich mit zweitrangigen, technischen Fragen. Doch jetzt gilt es, bis Anfang April die wichtigste Tagung des Ministerrates der OEEC vorzubereiten, d.h. die Grundlagen für eine arbeitsfähige, europäische Zahlungsunion zu schaffen, mit dem Ziele, innerhalb Westeuropas alle Devisenkontrollen und Währungsschranken zu beseitigen.

Diese europäische Zahlungsunion ist der erste und entscheidende Schritt auf dem Wege der europäischen Wirtschaftseinheit und Voraussetzung der weiteren Freigabe des innereuropäischen Handels. Die OEEC befindet sich damit an einem ausschlaggebenden Wendepunkt. Ein Fehlschlag in der Zahlungsfrage würde aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer vorläufig unbegrenzten Vertagung der europäischen Einigungsbemühungen, sowohl auf wirtschaftlicher, als auch politischer Ebene führen. Gelingt es dagegen, die Zahlungsfrage zu lösen, so ist die Bahn für eine schnellere Verwirklichung Europas freigemacht. Die letzten Kontingente müssen dann, voraussichtlich bis Ende des Jahres, fallen; die beteiligten Länder brauchen sich nicht mehr mit der Konvertierbarkeit der Währungen zu befassen und sind in der Lage, eine gemeinsame Investitions- und Wirtschaftspolitik und später Zollherabsetzungen in die Wege zu leiten.

In der OEEC ist man optimistisch, wenn auch niemand die noch zu überwindenden Schwierigkeiten unterschätzt. Man ist jedoch von der Möglichkeit einer zufriedenstellenden Kompromisslösung überzeugt, nicht zuletzt, weil in der Frage der europäischen Zahlungsunion die OEEC vor Biegen oder Brechen steht. Der Einsatz, d.h. die westeuropäische Zusammenarbeit und die Möglichkeit, ein Mindestmass von Unabhängigkeit für Europa zu retten, ist zu hoch, um die Beteiligten nicht zu grösstem Entgegenkommen zu veranlassen.

Im Notfalle würde die europäische Zahlungsunion auch ohne Grossbritannien verwirklicht werden, wenn auch diese letzte Entscheidung in Paris vorläufig als unwahrscheinlich gilt. Was Deutschland betrifft, sei abschliessend bemerkt, dass entgegen verschiedenen Pressemeldungen seine Beteiligung an der europäischen Zahlungsunion nie und von niemandem in Frage gestellt wurde.

Blücher ohne Waterloo

O.Z.Zürich, im März.

Unter dieser ironischen Überschrift hat das Züricher "Volksrecht" über das Auftreten des Vizekanzlers Franz Blücher in einer

öffentlichen Versammlung der Freisinnigen Partei der Stadt Zürich berichtet, die der westdeutsche Bundesminister als "Parteifreunde"

anspruch. Die westdeutsche Bundesrepublik, so ist immer wieder ausserhalb Deutschlands zu hören, demonstriert der Welt bei jeder

Gelegenheit, dass ihre regierenden und überwiegend sonstigen Politiker ohne jegliches staatsmännisches Talent und Fingerspitzengefühl

sind. Ausserhalb der eigenen Landesgrenzen vertritt der Staatsmann nach ^{un-}geschriebenen Gesetzen und mehr noch nach Gepflogenheiten des

Verkehrs und Taktens das ganze Volk ohne Ansehen der sozialen und gesellschaftlichen Unterschiede, von Parteien und Parteikämpfen. Der

Vizekanzler der Deutschen Bundesrepublik liess am Rednerpult des Börsensaals alles vermissen, was ihn als Repräsentant des Gesamtvolkes

der Deutschen Bundesrepublik charakterisiert hätte. Er war nur der liberale Grossbürger und Interessenverfechter, der sein und seiner politischen Freunde Werk über den grünen Klee lobte mit heftigen Ausfällen gegen die, die anderer Ansicht sind.

Über diese beträchtliche staatsmännische Fehlleistung ging der Vizekanzler noch hinaus, indem er die Welt - und mehr noch die

deutsche Presse der bedenkenlosen Irreführung der Weltmeinung über Westdeutschland aus Gründen der reinen Sensationsmache anklagte.

Wir glaubten unseren Ohren nicht zu trauen, als der Bundesminister aus seiner bedächtigen Tonart mit einem Male hinüberwechselte zu mit

hoher Lautstärke und vehement in den Saal geschleuderten Angriffen. Es bestätigte, was man schon wusste: die Pressefeindlichkeit der

Bonner Bundesregierung.

"Persönlichkeiten"

Dr.D. Nicht laut genug kann von bestimmten politischen Parteien die Forderung nach "Persönlichkeitswahlen" gestellt werden. In Schleswig-Holstein ist nun ein Wahlrecht verabschiedet und Gesetz geworden, nach dem jede politische Partei, die als Faktor des politischen Lebens ernstgenommen zu werden verlangt und verdient, sich den Wählern im ganzen Land zur Wahl stellen muss. Alle Parteien haben nun also Gelegenheit, ihre eigene Forderung "Persönlichkeiten von Format" in die Parlamente zu entsenden, dadurch zu realisieren, dass sie ihre "besten Pferde" zur Wahl stellen und dann die Wähler entscheiden lassen.

Nun aber wird es peinlich. Fehlt es an solchen Kandidaten? Möchte man doch nicht die freie Entscheidung des Wählers, sondern die Lenkung der Abstimmung durch eine Parteienmaschinerie? Nach Äusserungen des FDP-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein verfügt man doch recht willkürlich über die Wahlfreiheit der Wählerschaft. Zwar werde jede Partei pro forma einen Kandidaten präsentieren, aber die Wähler sollen sich auf einen konzentrieren, "über den sich die drei Parteien vorher einigen würden" (CDU, DP, FDP). Die beiden anderen "Schatten-Kandidaten" oder "Strohänner" werden von vornherein auf Parteibefehl abgeschrieben.

Hält man es wirklich für vertretbar, dass eine Partei einen eigenen Kandidaten aufstellt, aber die Wahl des Bewerbers einer anderen Partei betreibt? Wenn dieser Weg empfohlen wird, um das Ansehen der politischen Parteien zu untergraben, mag er gegangen werden, zu einem anderen Ziel kann er nicht führen. Darüber hinaus aber wird erneut bewiesen, dass es an einer geschlossenen politischen Konzeption nicht bei der Linken in Deutschland fehlt, sondern rechts. Nutzniesser werden die Radikalinski sein, denen man mit solchen Mätschen nicht beikommen kann, sondern nur im ehrlichen fairen Kampf mit offenem Visier.

- o - o -

Zentraler Schulungskursus. (sp.) Vom 4. - 11.3.1950 fand in Bittmar bei Dortmund ein vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veranstalteter zentraler Schulungskursus für die in Betrieben und Gewerkschaften tätigen Spitzenfunktionäre der Bundesrepublik statt. Nach 17-jähriger Unterbrechung wurden damit zum ersten Male wieder auch auf zentraler Ebene Bemühungen unternommen, das Vakuum, das im Nazireich auch auf diesem Gebiet entstanden war, auszufüllen und die Funktionäre durch Referat und Diskussion zum selbständigen politischen Denken zu erziehen.

Das Programm des abgelaufenen Kursus zeigte eine glückliche Mischung von theoretischen und praktischen Fragen. So sprachen Prof. Rittig, Göttingen, über Weltwirtschaft, Landwirtschaftsminister Prof. Freller, Kiel, über Sozialpolitik, Dr. Erich Pott-hoff, Köln, über das Mitbestimmungsrecht, Betriebsratsvorsitzender Lorenz von der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen über den Betriebsrat in der Praxis, Chefredakteur August Enderle, Köln, über Partei und Gewerkschaft und zum Abschluss Dr. Kurt Schumacher über die politische Situation und unsere Aufgaben.

- 6 - o -